

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Initiative "Ich bin keine Fallpauschale"

Hoppe-Seyler-Str. 1

72076 Tübingen

## Fallpauschale Krankenhauskosten

Die Initiative, die vom Hilfe für kranke Kinder e.V. gegründet wurde, wendet sich gegen die Folgen des in den Universitäts- Kinderkliniken herrschenden akuten finanziellen Notstandes. Dort sammeln sich teure Schwerst- und Spezialfälle - jedoch werden die Kosten aufgrund der geltenden Fallpauschalen nur zum Teil erstattet und müssen deshalb von den Kindern mitgetragen werden. Die Behandlung und Pflege kranker Kinder verschlechtert sich, da die Universitäts-Kliniken dazu gezwungen sind, die entstehenden Millionendefizite durch Stellenabbau bei Ärzten und Pflegepersonal auszugleichen. Ein erster Schritt sind der Versorgungszuschlag und die Analyse der Extremkostenfälle, die am 14.Juni im BT beschlossen wurde. Das reicht jedoch nicht aus. Die Initiative fordert für Schwerst- und Spezialfälle an den Universitätskliniken umgehend eine faire und kostendeckende Vergütung, die sich am tatsächlichen Behandlungs- und Pflegeaufwand orientiert. Die Veröffentlichung erfolgt auf der website [www.ichbinkeinefallpauschale.de](http://www.ichbinkeinefallpauschale.de)

## Fallpauschale an Universitätskliniken

---

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine kostendeckende Finanzierung der Leistungen der Universitäts-Kinderkliniken sicherzustellen, die sich am Behandlungs- und Pflegeaufwand orientiert?

Nach unserer Auffassung muss die Krankenhausfinanzierung grundlegend reformiert werden. Das Fallpauschalen-System hat sich nicht bewährt. Es setzt falsche Anreize: Es belohnt, möglichst viele Fälle mit möglichst wenig Personal in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. Kosten werden zu Lasten der Beschäftigten gesenkt. Krankenhäuser bemühen sich um lukrative, aber medizinisch unnötige Eingriffe. Umgekehrt wird in anderen Fällen das Krankenhaus bestraft, das das medizinisch notwendige tut. DIE LINKE setzt sich deshalb für die Abschaffung aller Formen der Leistungsabrechnungen ein, die Anreize zu Über-, Unter- und Fehlversorgung schaffen. Zudem muss die Unterfinanzierung der Krankenhäuser gestoppt werden. Die DRGs (Diagnosis Related Groups - diagnosebezogene Fallgruppen) als marktwirtschaftliches Entgeltsystem sind unvereinbar mit Sinn und Zweck von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die Finanzierung muss sich am Bedarf, an medizinischen, nicht wirtschaftlichen Kriterien orientieren. Wir wollen den ökonomischen Wettbewerb unter den Krankenhäusern zurückfahren, da er negative Effekte auf die Patientinnen und Patienten hat.

## Finanzierung Universitätskliniken

---

Wie soll Ihrer Meinung nach die Finanzierung der Behandlung von Schwerst- und Spezialfällen an Universitäts-Kinderkliniken sichergestellt werden?

DIE LINKE spricht sich dafür aus, dass die von Ihnen genannten Schwerst- und Spezialfälle kostendeckend finanziert werden. Kurzfristig wäre dies realisierbar über einen Versorgungszuschlag für die entsprechenden Abteilungen, die bekanntermaßen nicht auskömmlich finanziert sind. Alternativ wären mehr Ausnahmen bei Extremkostenfällen möglich, bei denen man das Kostendeckungsprinzip statt der DRGs anwendet. Der von der Bundesregierung durchgesetzte Versorgungszuschlag ist zwar besser als nichts; er verteilt aber das knappe Geld mit der Gießkanne über alle Fälle, auch über die lukrativen. So wird das Problem nicht grundlegend gelöst. Mittel- und langfristig führt nach unserer Auffassung kein Weg an einem neuen Finanzierungssystem vorbei.

Notwendig zur Finanzierung von Leistungsverbesserungen ist in jedem Fall die Einführung der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, die finanzielle Spielräume eröffnet.